



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 03.07.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Erhöhung der hauptamtlichen
Funktionen im 24 Stundendienst und
Aufstockung der ehrenamtlichen
Wachbesetzung der Feuerwehr
Ludwigsburg
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 146/24

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBMin **Schmetz** geht auf den Beratungsverlauf ein und merkt an, dass heute kein Empfehlungsbeschluss gefasst werde, sondern in der Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 23.07.2024.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz und der **Feuerwehrkommandant** gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Sie weist darauf hin, dass die Änderungen sowohl für das Haupt- wie auch das Ehrenamt Vorteile bringen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt, ob sich der Dienstplan auf alle Standorte oder nur auf die Hauptwache beziehe. Zudem will sie wissen, ob die Expertise vergleichbarer Kommunen eingeholt worden sei. Außerdem wünscht sie Information zum Ablauf der Einsätze auf der Autobahn.

Die Stellungnahmen der Abteilungen sollen zeitnah in die Fraktionen gespiegelt werden, wünscht Stadtrat **Meyer**. Die Sicherheit der Bevölkerung und der Einsatzkräfte, wie auch die Qualität seien enorm wichtig. Die Arbeitsplatzattraktivität spiele eine große Rolle. Die Übernahme der Auszubildenden sei sinnvoll. Er fragt, ob die Arbeitszeiten EU-konform seien. Das Thema Wohnmöglichkeiten in der Stadt müsse verbessert werden. Er hofft auf einen tragfähigen Konsens.

Stadtrat **Dengel** dankt und freut sich über die positive Entwicklung.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** freut sich ebenso über den breiten Konsens und die guten Absprachen. Der Brandschutzbedarfsplan werde Herausforderungen mit sich bringen. Seine Fraktion unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Er geht auf die Funktionen ein und fragt, ob von einer Person mehrere Qualifikationen abgedeckt werden könne.

Priorität habe das Erreichen des Schutzzieles, sagt Stadtrat **Heer**. Man brauche familienfreundliche Rahmenbedingungen und eine Verzahnung des Haupt- und Ehrenamtes. Der Weg sei gut.

Stadtrat **Müller** wünscht mehr Information zur Bedeutung der Funktionen und zur Organisation der 24-Stunden-Bereitschaft. Er fragt, ob gleichzeitig ein zweiter Notfall abgedeckt werden könne. Die Neuorganisation des Fachbereiches habe sich bewährt und ein vernünftiger Kompromiss sei gefunden worden. Er hofft, dass dieser tragfähig und von Dauer sei.

Der **Feuerwehrkommandant** geht auf die offenen Fragen ein. Für technische Hilfeinsätze dürfe eine Zeitspanne von 10 Minuten nicht überschritten werden. An der Autobahn sei man aufgrund der Gemarkung nur unterstützend tätig. Weiter geht er auf die Einsatzfunktionen ein. Es müsse ein Zugführer und ein Fahrzeugführer gesichert sein. Zuzüglich brauche man einen Maschinisten und Einsatzpersonal für die Truppfunktionen. Für Paralleleinsätze sei man nicht gewappnet, in diesem Falle greife die Alarm- und Ausrückeordnung und es werde erweitert alarmiert, gegebenenfalls auch durch umliegende Feuerwehren im Rahmen der Nachbarschaftshilfe. Er geht auf die Frage zum 24-Stunden-Dienst ein. Die Arbeitszeit betrage 10 Stunden. Ab 16:30 Uhr beginne auf der Wache die Bereitschaftszeit bis 6:00 Uhr.

Ein Vergleich mit anderen Kommunen sei aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen nicht möglich, fügt EBMin **Schmetz** hinzu. Ludwigsburg wolle keine Berufsfeuerwehr, betont sie. Die hauptamtliche Abteilung biete einen Support für das Ehrenamt. Die Arbeitszeiten seien EU-konform. Die Auflagen seien hoch, werden aber erfüllt. Sonderregelungen zur Ruhe- und Präsenzzeit seien mit dem Personalrat abgestimmt. Der Dienstplan beziehe sich ausschließlich auf die Hauptwache. Die schriftlichen Stellungnahmen der Abteilungen werden für die Beratung in den Fraktionssitzungen nachgereicht.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie fährt in der Präsentation fort und stellt die Ausbauplanung vor.

Verzögerte Neubaugebiete verstärken die Abwanderung und dies verfälsche die Prognose, merkt EBMin **Schmetz** an. Sie geht auf das Versorgungsziel und die Quote von 105 % ein. Diese ergebe sich aus der Berücksichtigung auswärtiger Kinder und Kinder mit einem zusätzlichen Förderbedarf. EBMin Schmetz eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** freut sich, dass viele neue Plätze geschaffen wurden. Sie fragt, ob die Anzahl der ukrainischen Kinder eingerechnet sei. Zudem interessiert sie, ob die Plätze der Kindertagespflege integriert seien.

Verwaltung, Gemeinderat und Eltern seien mit der Situation unzufrieden, betont Stadtrat **Meyer** und lobt die Verwaltung im Umgang mit Härtefalllösungen. Der Ausbau habe eine hohe Priorität, wenngleich es noch weitere wichtige Aufgaben gebe und die Haushaltssituation schwierig sei. Den Fachkräftemangel sehe er als größte Bremse an. Der Bund und das Land hätten zudem für entsprechende Ausbildungen sorgen müssen. Der Fachkräftemangel sei ein gesamtgesellschaftliches Problem. Man müsse gemeinsam versuchen Verbesserungen zu erreichen.

Man müsse dem Fachkräftemangel entgegenwirken, meint Stadträtin **Moersch** und fragt, wie man die Stadt als Arbeitgeber in diesem Bereich attraktiver machen könne. Viele Initiativen seien bereits gestartet worden und sie fragt nach der Resonanz. Sie lobt die Idee des Naturkindergartens, mit geringen Baukosten können so Plätze geschaffen werden. Sie könne sich ein weiteres Modell mit einer geringeren baulichen Ausstattung, aber mehr als ein Naturkindergarten, vorstellen. Die Eltern erwarten eine Unterstützung. Die Schaffung von 611 neuen Plätzen sei grundsätzlich positiv.

Trotz Schaffung neuer Plätze gebe es nicht für alle Familien ein Angebot, sagt Stadträtin **Metzger**. Das Gesamtproblem liege insbesondere im Fachkräftemangel.

Ein Defizit von so vielen Plätzen dürfe nicht sein, kritisiert Stadtrat **Heer** und merkt an, wenn Neubaugebiete ausgewiesen werden, müsse man auch mit genügend Kitas reagieren. Er schlägt vor, den Schlüssel zu erhöhen.

Stadtrat **Müller** fragt nach den Gründen der Fehlentwicklung. Zudem interessiert ihn, wie viele Plätze aufgrund Personalmangel nicht belegt werden können. Man müsse sich den Wünschen der Eltern anpassen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht eine Problematik bei Kindern von Geflüchteten ohne Deutschkenntnisse hinsichtlich der Einschulung. Sie geht ebenso auf den Fachkräftemangel ein und regt eine Bannerwerbung am Bauzaun des Arsenalplatzes an.

Stadträtin **Dr. Traub** fragt, ob durch den Ausbau der Grundschulförderklassen der Bedarf im Kindergarten tangiert sei.

Die Bedarfsplanung werde separat vorgestellt, sagt EBMIn **Schmetz**. Hierzu werde man von einem externen Büro beraten. Die Kindertagespflegeplätze und die Kindertagesstätten seien eingerechnet, wie auch die Anzahl der ukrainischen Kinder, hier gebe es kein anderes Anmeldeverfahren. Die Elternbefragung sei in der letzten Sitzung vorgestellt worden. Die Juniorklassen bedeuten eine Entlastung, da eine Zurückstellung nicht mehr möglich sei.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf das Thema Schulanmeldungen ein.

Viele Ausbaumaßnahmen seien bereits gemacht, merkt EBMIn **Schmetz** an. Die räumliche Situation sei gegenüber den Kindertagesstätten deutlich besser und durch den zeitlichen Vorlauf besser planbar. In den weiterführenden Schulen werden weiterhin Klassenräume gebraucht. Zudem müsse die Entscheidung zu G9 und die daraus entstehende Raumthematik abgewartet werden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** interessiert die Anzahl der Abschlüsse. Sie bewirbt die Möglichkeit des Abiturabschlusses an berufsbildenden Gymnasien. Zudem fragt sie nach der Anzahl der Einpendler und die Auswirkungen von G9 auf den regionalen Schulentwicklungsplan.

Stadtrat **Meyer** geht auf Folie 5 ein und wundert sich, warum es bei mehr Schülern nicht analog mehr Klassen gebe. Er geht auf die Auswirkungen von G9 hinsichtlich fehlender Räume und Lehrkräfte ein.

Eltern wünschen den Ganztags, sagt Stadträtin **Moersch**. Sie fragt, wie viele Eltern die nichtverbindliche Grundschulempfehlung annehmen. Sie geht davon aus, dass G9 eingeführt werde und befürworte dies persönlich, wenngleich sie das Land finanziell in der Pflicht sehe. Über die Umsetzung solle man sich bereits Gedanken machen.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** weist auf einen Fehler auf den Folien 6 und 7 hin. Im Schulbereich sei man einigermaßen gut aufgestellt, ausgenommen der Ausbau des Ganztags. Im Osten der Stadt gebe es keine weiterführende Schule, das Schulsystem sei sehr auf die Innenstadt fokussiert und solle entzerrt werden. Er regt künftig einen Standorttausch an. Er geht auf die Entwicklung an der Eichendorffschule ein und fragt, ob dies auf einmalige Geschehnisse zurückzuführen sei.

Stadtrat **Müller** fragt, ob die Klassenaufteilung durch das Schulamt geregelt werde. Im Vergleich zur Prognose aus dem Jahre 2020 sei die Schülerzahl um 400 zurückgegangen. Er fragt nach dem Grund.

Stadtrat **Heer** fragt, ob die entsprechende Lehrerschaft für die Einführung von G9 vorhanden sei.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie weist auf das umfangreiche Informationsmaterial im Bildungsdatenatlas hin. Hinsichtlich der regionalen Schulentwicklung und Einführung von G9 erwarte er ein Signal vom Land. In den Grundschulen waren im Vorjahr teilweise die VKL-Klassen eingerechnet. Der Klassenschülerschnitt steige zudem deutlich an. Das Niveau bei Ein- und Auspendler sei auf gleichbleibendem Niveau.

Der **geschäftsführende Schulleiter Gymnasien** geht auf die gesetzliche Änderung der Grundschulempfehlung ein. Ein Beratungsgespräch werde angeboten. In wenigen Fällen sei eine Gymnasialaufnahme verweigert worden. Die Kinder kommen teilweise bereits aus der Grundschule mit einem klaren Defizit. Man kooperiere mit den anderen Schulen und unterstütze gegenseitig. Es gebe ein breites Netzwerk von Schulsozialarbeit, Beratungslehrern, Kooperationsgespräche und Einbeziehung der Eltern sowie Coaching für Kinder. Er geht auf die Einpendler ein. Die Anzahl der Klassen werden mit dem Regierungspräsidium abgestimmt. Bereits in Stufe 5 seien die Klassen belegt, deshalb müsse in Einzelfällen bei Zuzug auf den Kreis ausgewichen werden.

Der Fehlerhinweis werde mitgenommen und die Tabelle im Nachgang korrigiert und diesem Protokoll beigefügt, sagt EBMin **Schmetz** zu. Beim Vergleich müsse man zwischen der Prognose, der amtlichen Schulstatistik und der Anmeldezahlen aufgrund der unterschiedlichen Stichtage unterscheiden. Durch Wegzüge habe es Einbrüche gegeben. Zudem sei die Wohnbauentwicklung nicht so umgesetzt worden, wie ursprünglich angenommen. Die Rahmenbedingungen für G9 müssen abgewartet werden.

Beschlussempfehlung:

1. Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2024/25 wird zugestimmt.
2. Der Betriebsschließung der Krippengruppe Hochschulzwerge wird zugestimmt.
3. Der Möglichkeit einer Aufnahme der Stadt als Ersatzschuldnerin in neu abzuschließende Mietverträge für Kinderbetreuungseinrichtungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Befangenheit: Stadträtin Metzger

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Metzger** erklärt sich für befangen und rückt in den Zuhörerbereich ab.

Nachdem das Gremium auf einen Sachvortrag verzichtet, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Eine zuverlässige Betreuungszeit sei für die Eltern wichtig, betont Stadträtin **Dr. Traub** und regt an, über andere Modelle nachzudenken. Sie nennt beispielsweise Poollösungen oder Abstufungen in der Qualifikation der Betreuungskräfte.

Bereits 2012 habe man ein Ausbildungsprogramm aufgelegt und 2019 nachgesteuert, um dem Fachkraftmangel entgegenzuwirken, antwortet EBMIn **Schmetz**. Man praktiziere bereits mit verschiedenen Poollösungen, unter anderem Vertretungen der Einrichtungsleitungen. Die Problematik liege in der hohen Fluktuation, zu wenig Personal, sowie einem hohen Arbeitsdruck und hoher Krankenstände. Man arbeite bereits trägerübergreifend zusammen und habe gemeinsam viel aufgebaut. Es werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, auch Hauswirtschaftskräfte werden zur Entlastung eingesetzt. Sie lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Vorbehaltlich der Genehmigung des Bauantrages und Abschluss des Erbbaurechtsvertrages erfolgen folgende Beschlüsse zu den Anträgen der Wolfgang Reisser Stiftung (WRS) zum Neubau in der Fuchshofstr. 66:

1. Dem Raumprogramm für eine 4-gruppige Kindertageseinrichtung wird zugestimmt (Anlage 1).
2. Die WRS erhält für die anteiligen Flächen der Kindertageseinrichtung eine Bauinvestitionsförderung in Höhe von maximal 2.921.420, - Euro. Die Gewährung des Zuschusses ist an die Bedingung geknüpft, dass die WRS einem Träger von Kindertageseinrichtungen die Räumlichkeiten für die Dauer der Zweckbindungsfrist (50 Jahre) zu einem reduzierten Mietpreis überlässt. Die Höhe des Mietpreises ist einvernehmlich zwischen Stadt und WRS festzuschreiben.
3. Die Wolfgang-Reisser-Stiftung wird für diese Maßnahme einem geförderten Sportverein gleichgestellt und erhält für Räume im neu geplanten Multifunktionsgebäude, die für den Hockey-Club Ludwigsburg 1912 e.V. errichtet werden, einen Zuschuss entsprechend der „Richtlinien über die Förderung des Sports in Ludwigsburg“ in Höhe von maximal 977.800 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein und erinnert an die lange Planungszeit. Der Bedarf für eine Kita sei bereits im Jahre 2016 festgestellt worden. Das Raumprogramm und der Zuschuss werden gekoppelt beschlossen. Sie merkt an, dass eine Überarbeitung der Förderstruktur im III. / IV. Quartal vorgesehen sei, solange seien die aktuellen Richtlinien anzuwenden.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** lobt das gute Projekt und den erfolgreichen Verein. Sie wird der Vorlage zustimmen. Sie fragt, ob die Vorlage noch im Bauausschuss beraten werde.

Heute gehe es um eine Förderung, antwortet EBMIn **Schmetz** und um einen Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat.

Stadträtin **Dr. Traub** dankt der Stiftung für die großzügige Förderung. Sie lobt die erfolgreiche Arbeit des HCL und wird der Vorlage zustimmen. Die Plätze werden benötigt. Die Location und die umfangreiche Raumplanung sei für eine Kita sehr gut.

Stadträtin **Moersch** dankt ebenso der Stiftung. Die Verortung von Sport und Kita sei großartig. Sie begrüßt das Projekt und stimmt gerne zu.

Mit diesen hohen Zuschusskosten hätte man durchaus selbst eine Kita bauen können, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** kritisch an. Zudem stellt er den Bedarf des HCL in Frage. Das bisherige HCL-Gebäude sei seinerzeit ebenso finanziell unterstützt worden. Er erinnert an die Forderung seiner Fraktion die Sportfördermaßnahmen zu überarbeiten und an den Antrag Nr. 355/25. Der Bau einer Kita dürfe nicht gleichzeitig eine Sportförderung nach sich ziehen. Seine Fraktion spreche sich grundsätzlich für Kitaplätze aus, wie auch für die Sportförderung, betont er. Zudem interessiert ihn, welche Kosten auf die Stadt zukommen und wie hoch die Gesamtkosten seien. Der Sportbedarf werde nicht dringlich gesehen. Seine Fraktion habe bereits frühzeitig darauf hingewiesen.

Stadtrat **Heer** lobt die finanzielle Unterstützung, das Engagement und das gute Angebot der Stiftung. Man sollte mehr solcher Sponsoren gewinnen. Er wird der Vorlage zustimmen.

Das Projekt stehe kurz vor dem Abschluss, so Stadtrat **Müller**. Er fragt, in welchen Räumlichkeiten die Kita bisher untergebracht sei, was damit passiere und wie diese finanziert worden seien.

Ein eigener Kita-Bau sei deutlich teurer, da die Förderung nur 80% betrage, widerspricht EBMIn **Schmetz**. Zudem baue die Stadt selbst teurer, weil unter anderem höhere Standards vorausgesetzt werden. Die Kita sei momentan in Modulbauten untergebracht, welche bereits als Ausweichquartier für die Schule gedient haben. Die Nutzung dieser sei zeitlich limitiert. Eine Kostenübersicht werde nachgereicht. Die Förderstruktur werde überarbeitet. Derzeit gelten die aktuellen Richtlinien.

Der Bedarf beim HCL sei gerechtfertigt, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport hinzu und geht auf den massiven Mitgliederzuwachs ein. Das Gelände gehöre der Stadt und sei im Erbbaurecht an den HCL übergeben. Das Gebäude gehöre dem HCL.

Nach dieser Aussprache stellt EBMIn **Schmetz** die Vorlage Nr. 131/24 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rad-Sport-Club Komet Ludwigsburg e.V. erhält als Ausrichter der Ludwigsburger Radsporttage vom 19. bis 21.07.2024 einen Zuschuss in Höhe des Abmangels, höchstens jedoch 7.500 € (mit Kostennachweis). Die Einnahmen und Ausgaben für die Bewirtung werden dabei nicht berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der 1. Tanzclub Ludwigsburg e.V. und der Tanz-Sport-Club Residenz Ludwigsburg e.V. erhalten als Ausrichter der Deutschen Meisterschaft Tanzen Formation am 09.11.2024 in der MHP Arena einen Zuschuss in Höhe des Abmangels, höchstens jedoch 6.000 € je Verein, in Summe somit maximal 12.000 € (mit Kostennachweis). Die Einnahmen und Ausgaben für die Bewirtung werden dabei nicht berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** und ihr **persönlicher Referent** gehen auf die Mitteilungsvorlage ein. Die Gelder seien nicht voll ausgeschöpft worden. Parallel haben der Bund und das Land ebenso Förderungen aufgestellt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt, ob sich das Lehrpersonal für die Unterstützung bedankt habe.

Stadtrat **Meyer** dankt allen, die ein Projekt durchgeführt haben. Das Land habe Projekte an Schulen gefördert, jedoch nicht an Kitas. Ihn interessiert, wie viele Schulen Landesmittel in Anspruch genommen haben. Er zeigt sich enttäuscht bezüglich der geringen Nachfrage. Er habe sich mehr Interesse gewünscht, auch für kleinere, niederschwellige Angebote. Möglicherweise seien die Kitas und Schulen mit den unterschiedlichen Aufforderungen überfordert gewesen. Das Engagement könne auch aus dem Elternbeirat kommen. Er regt ein Bonusangebot bei Kooperationen an. Er stellt die Frage, was mit dem Fonds erreicht werden solle und befürchtet, dass die Spendermotivation sinken werde. Die Hürden sollen geringer gehalten und die Satzung neu aufgelegt werden.

Es seien tolle Projekte in einer großen Bannbreite angeboten worden, merkt Stadträtin **Moersch** an, wenngleich die Nachfrage zu gering gewesen sei. Möglicherweise waren die Hürden und Anforderungen zu komplex. Die Spender erwarten eine richtige Zuordnung und wünschen keine Vermögensanhäufung. Die Bedingungen sollen überarbeitet werden, so dass eine niederschwellige Antragstellung möglich sei.

Die Antragstellung sei einfach gewesen, ohne verpflichteten Eigenmittelanteil, sagt Stadträtin **Metzger**. Jede Einrichtung hätte teilnehmen können. Es seien sehr schöne Projekte ermöglicht worden.

Stadtrat **Heer** erinnert an die Erfüllung des Lehrauftrages und weitere Projekte seien nicht immer kompatibel. Das Angebot solle an den Schulen beworben werden. Er regt an, dass Projekte als AG an den Schulen etabliert werden.

Es sei nur ein kleiner Teil erreicht worden, meint Stadtrat **Müller** und fragt, ob die Maßnahmen fortgeführt und als Standardprogramm aufgenommen werden.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** lobt die positiven Projekte. Mit wenig Mitteln und einem überschaubaren Finanzrahmen konnte viel erreicht werden.

Die Projekte seien Angebote außerhalb des Lehrplanes, so EBMin **Schmetz**. Im Herbst werde man eine neue Konzeption vorstellen. Die bisherigen Formalien waren überschaubar, gegebenenfalls habe man beraten und bei der Antragstellung geholfen. Man habe eine Verantwortung gegenüber den Spendern. Durch den Fachkräftemangel sei die Durchführung zusätzlicher Projekte teilweise kaum möglich

gewesen. Zudem habe an den Schulen die zusätzlichen Programme durch das Land Arbeitsressourcen gebunden. Teilweise fehlte aus unterschiedlichsten Gründen, wie Schulleiterwechsel oder Personalentwicklung, auch die Energie für weitere Projekte. Man habe regelmäßig auf dieses Angebot hingewiesen. Sie weist darauf hin, dass in der frühkindlichen Entwicklung es eine große Anzahl an Entwicklungsverzögerungen gebe und Kinder und Jugendliche unter den Coronafolgen leiden.

Die Projekte Schule auf dem Pferd und die Ringer-AG werden fortgeführt, fügt der **persönliche Referent** der Ersten Bürgermeisterin hinzu.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.